

Das Adoptionsverbot wackelt

Schwule und Lesben kämpfen für eine Änderung des Partnerschaftsgesetzes

TIMM EUGSTER

Rund 6000 Kinder wachsen in der Schweiz bei ihrer Mutter und deren Partnerin auf. Eine Adoption durch die sogenannte Co-Mutter ist verboten. Das soll sich ändern.

Vor vier Jahren haben die Stimmberechtigten Schwulen und Lesben das Recht auf eine eingetragene Partnerschaft zugestanden – und diesen Paaren gleichzeitig verboten, Kinder zu adoptieren. Mit einem strikten Adoptionsverbot wollte das Parlament die Chancen des neuen Gesetzes erhöhen. Aus Sicht lesbischer Mütter und ihrer Partnerinnen stellt das Adoptionsverbot heute ein ernsthaftes Problem dar: Die schätzungsweise 6000 Kinder, die in der Schweiz von einem Lesbenpaar grossgezogen werden, haben zu ihrer «Co-Mutter» – also zur Partnerin der leiblichen Mutter – ein rechtlich kaum geregeltes Verhältnis.

KAUM RECHTE. Stirbt die leibliche Mutter, hat die Co-Mutter keinerlei Rechtsanspruch, dass das Kind bei ihr bleiben kann – auch dann nicht, wenn der Vater sich nie um das Kind gekümmert hat, tot oder unbekannt ist. Wenn sich die Mutter und ihre Partnerin trennen, ist zwischen Kind und Co-Mutter kein Besuchsrecht garantiert, ein Sorgerecht für die Co-Mutter ist fast ausgeschlossen.

Das Recht auf Adoption steht ganz oben auf dem Forderungskatalog der Lesbenor-

ganisation Schweiz (LOS) und ihrem männlichen Pendant «Pink Cross». Deshalb lancieren die beiden Organisationen heute unter dem Titel «Familienchancen» in Zürich eine Petition an die Räte in Bern. Bereits erfüllt ist die Forderung in den meisten nordischen Ländern und England.

Deutschland erlaubt homosexuellen Paaren die Stiefkindadoption – also die Adoption des Kindes der Partnerin oder des Partners –, nicht aber die Adoption von Fremdkindern. Auch in der Schweiz konzentrieren sich die Lesben- und Schwulenorganisationen auf die Forderung nach der Stiefkindadoption: «Als Erstes muss jetzt dieses im Alltag drängende Problem gelöst werden», betont «Pink Cross»-Geschäftsführer Moël Volken.

IM PARLAMENT. Die Forderung nach absolut gleichen Rechten punkto Adoption sei in der Schweiz sowieso eher theoretischer Natur: «Es bliebe für ein kinderloses – homosexuelles Paar trotzdem äusserst schwierig, ein Kind zu adoptieren.» Denn erstens gebe es in der Schweiz viel weniger Adoptionen von Fremdkindern als etwa in den USA und zweitens kämen die meisten Kinder aus Entwicklungsländern, und diese würden aufgrund ihrer Gesetze keine Kinder an homosexuelle Paare vermitteln. «Es wird so oder so nicht so bald viele Familien wie die della Valles geben», prophezeit Vol-

ken (siehe Text unten).

Auch der Zürcher SP-Nationalrat Mario Fehr, der sich seit Jahren für die Rechte Homosexueller einsetzt, will als nächsten Schritt die Stiefkindadoption durchsetzen: «Ich glaube, dass diese Forderung heute mehrheitsfähig ist.»

Die Stiefkindadoption erlaube es, die in vielen Fällen offensichtlich beste Lösung für das Kind zu treffen und rechtlich abzusichern. Der wachsende öffentliche Druck der Betroffenen bestärkt Fehr nun darin, einen Vorstoss zu lancieren. Die Chancen schätzt er als intakt ein: «Es gibt eine gesellschaftsliberale Mehrheit.»

Entscheidend wird sein, wo die Mitteparteien FDP und CVP stehen, denn die Gegner bei der SVP und die Befürworter bei der SP und bei den Grünen dürften sich in etwa die Waage halten. FDP-Nationalrätin Christa Markwalder, die das Adoptionsrecht befürwortet, ist nicht sehr zuversichtlich: «Ich bin eher skeptisch, was die Unterstützung in meiner Partei betrifft.» Sie vermutet, das Partnerschaftsgesetz sei für viele Freisinnige noch nicht lange genug in Kraft, als dass man bereits wieder Hand für eine Revision bieten wolle. CVP-Nationalrätin Kathy Riklin erteilt Fehr eine klare Absage: «Wir sind alle dagegen.» Das Problem indes wird sich verschärfen, prognostiziert Eva Kaderli von der LOS. «Immer mehr junge homosexuelle Paare haben einen Kinder-



wunsch.»

In Umfragen geben 60 Prozent der Schwulen und 70 Prozent der Lesben an, mit Kindern leben zu wollen. Heute gründeten sehr viel mehr Lesben und Schwule sogenannte «Regenbogenfamilien» als noch vor wenigen Jahren, weiss Kaderli. Ausdruck dieses

Trends sind neue Vernetzungsportale im Internet, über die Homosexuelle mit Kinderwunsch und Regenbogenfamilien Informationen austauschen und Treffen organisieren – auch in Basel. Früher hätten sich Lesben und Schwule vom «bürgerlichen Lebensmodell» abgegrenzt. Das habe sich

nicht zuletzt mit dem Partnerschaftsgesetz geändert, sagt Kaderli. Zudem sei die junge Generation auch bereit, für ihren Kinderwunsch zu kämpfen: «Viele haben wieder Lust, politisch etwas zu bewegen.»

> www.familyproject.ch
> www.regenbogenfamilie.ch